

Datum: 05.01.2006

Info Nr.: 099

Effiziente Verwaltung von Fördermitteln

Mehr Geld direkt an die Kommunen

Städte- und Gemeindebund sieht seine Ideen bestätigt

Magdeburg.- Grundsätzlich begrüßt hat der Präsident des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt (SGSA), Eislebens Bürgermeister Peter Pfützner, die Ankündigung der Landesregierung, vor dem Hintergrund der neuen EU-Förderperiode die effektive Verwaltung der Fördermittel zu prüfen. „Das fordern wir seit Jahren und wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es Programme gibt, bei denen die Verwaltung teurer ist, als die ausgereichten Zuschüsse,“ meinte Pfützner. „Es kann und darf aber nicht darum gehen, einfach nur des Sparens Willens Gelder für kommunale Projekte zu streichen. Wir brauchen mehr Geld zur freien Verfügung für die Städte und Gemeinden!“

Bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen innerhalb Sachsen-Anhalts komme es darauf an, den Städten und Gemeinden wieder einen ausreichenden Handlungsrahmen zu geben, erläuterte Pfützner weiter. „Unsere Forderung, mehr Förderprogramme im allgemeinen Finanzausgleich zusammenzufassen, resultiert doch aus der Erkenntnis, dass Verwaltung mit Mitteleinsatz effektiv nur vor Ort gesteuert werden kann,“ meinte der Bürgermeister. Viele Förderprogramme lösten im übrigen durch die langen Verwaltungsabläufe gerade das so ge-

nannte „Dezember-Fieber“ aus. Land und Bund seien auch aufgerufen, mit der EU über die Vereinfachung von Förderprogrammen zu verhandeln.

Eine langfristige Sicherung der Kulturförderung ist unterdessen, das betonte Pfützner, nur sicherzustellen, wenn den Gemeinden eine ausreichende Finanzgrundlage allgemein zur Verfügung stehe. „Wir begrüßen, dass das Land nicht bei den Kulturmitteln sparen will, aber auch da sollten die Gelder pauschaliert überwiesen werden,“ meint der SGSA-Präsident. „Es hat doch auch im Rahmen der Kulturförderung keinen Sinn, die Kosten der Verwaltung aus dem Blick zu verlieren.“ Städte und Gemeinden leisteten ohnehin bei den meisten Kulturförderungen ein Vielfaches aus Eigenmitteln. Es sei nicht ausreichend, nur durch gesetzliche Vorgaben – wie jüngst beim Musikschulgesetz – die Kommunen zu verpflichten, wenn nicht auch deutlich mehr Finanzen zur Verfügung stünden.